

Birgit Sauer (Wien)

„Only paradoxes to offer?“¹ Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der „Postdemokratie“

Der Artikel würdigt erstens die Präzisierungen der feministischen politikwissenschaftlichen Repräsentationskonzepte, konstatiert aber, dass diese im Kontext aktueller Transformationen liberaler Demokratien zu kurz greifen. Eine kritische Erweiterung der politikwissenschaftlichen Diskussionen erfolgt zweitens durch die von dekonstruktivistischen und postkolonialen Theoretikerinnen vorgeschlagene Repräsentationskritik, die drei Dimensionen hervorhebt: die Identitäts-, die Ungleichheits- und die Herrschaftsdimension von Repräsentation. Die Leerstellen der beiden Repräsentationsdebatten werden im Rahmen einer staatstheoretischen feministischen Herangehensweise an Demokratie und Repräsentation aufgehoben, die Repräsentation in sozialen Kräfteverhältnissen verortet.

*Keywords: Deskriptive und substanzielle Repräsentation, Identität, Herrschaft, Ungleichheit, Partizipation, demonstrative Politik
Descriptive and substantive representation, identity, domination, inequality, participation, demonstrative politics*

1. Unbehagen an der Demokratie? Kontexte geschlechterforscherischer Demokratiedebatten

Colin Crouch (2008) hat den Zustand westlich-liberaler Demokratien als „Postdemokratie“ bezeichnet: BürgerInnen werden zu bloßen KonsumentInnen politischer Entscheidungen degradiert, sind diese doch zunehmend demokratischen Organen entzogen und werden in supranationalen Netzwerken, in Labors oder in Vorstandsetagen multinationaler Konzerne getroffen. Der Raum des Politischen, also der öffentlichen Debatte und der Partizipation, wurde sukzessive verengt, so dass BürgerInnen zwangsweise zu PassivbürgerInnen gemacht werden. Sie fühlen sich durch die politische Elite nicht mehr vertreten, und sinkende Wahlbeteiligung, aber auch Protestwählertum und die Flucht zu populistischen Parteien sind Folgen einer solchen postdemokratischen Situation. Allerdings steht diesem Krisenszenario ein großes Repertoire von BürgerInnenengagement gegenüber, also von politischem Handeln jenseits des demokratisch verfassten Institutionengefüges. Roland Roth (o.J., 8) diagnostiziert daher politische Partizipation im „Überfluss“ sowie eine „Verschiebung des (politischen) Handlungsrepertoires“, und nicht dessen Versiegen.

Die politische Situation von Frauen in liberalen Demokratien ist ähnlich paradox: Die vergangenen drei Jahrzehnte sind ohne Zweifel durch eine partizipatorische Mobilisierung von Frauen in westlichen Industriegesellschaften gekennzeichnet. Nicht zuletzt durch Quotenregelungen wurden sie in demokratischen Institutionen sichtbar. Heute haben mehr als 100 Länder der Welt Geschlechterquoten für die Sitzverteilung in Parlamenten eingeführt, sei es als „reserved seats“, als freiwillige Parteiquoten für Wahllisten oder als gesetzlich vorgeschriebene Quoten (Krook/Lovenduski/Squires 2009, 783–787). Politik wurde dadurch ein Beruf wie jeder andere

Karriereberuf auch – allerdings mit ähnlichen Hindernissen für Frauen. Neue gleichstellungspolitische Instrumente wie das Gender Mainstreaming² haben das Ziel, die Bedürfnisse und Interessen von Frauen im demokratischen Politikprozess zu berücksichtigen, politische Institutionen also responsiver gegenüber Frauen zu machen. Geschlechtergleichstellung ist in den meisten europäischen Staaten sowie in internationalen Organisationen als Politikziel anerkannt und wird als eine Dimension der Demokratisierung moderner Demokratien betrachtet.

Und doch steht der gestiegenen quantitativen Repräsentation wie auch den neuen gleichstellungspolitischen Instrumenten eine Tendenz der postdemokratischen Entmächtigung von Frauen gegenüber. Die Hinterzimmer der Verhandlungsdemokratie bleiben ihnen verschlossen, und die neuartigen Politiknetzwerke schwächen jene Repräsentationsorgane, zu denen sich Frauen den Zugang durch Quoten erkämpft haben. Zudem beeinträchtigt die informelle Verflechtung zwischen staatlicher Bürokratie und privaten AkteurInnen die erfolgreiche Intervention institutioneller Gleichstellungspolitik, wie die jüngst bekannt gewordene Kooperation zwischen dem bundesdeutschen Wirtschaftsministerium und Rechtsanwaltskanzleien bei der Formulierung von gesetzlichen Maßnahmen gegen die Finanzmarktkrise zeigte. Das Gender-Mainstreaming-Prinzip fand darin keine Anwendung.

Die demokratiepolitische Erfolgsgeschichte von geschlechtsspezifischen Repräsentations- und Gleichstellungspolitiken, also der (zumindest partielle) Erfolg des „Staatsfeminismus“ (McBride/Mazur 2010), wird in der feministischen Politikwissenschaft deshalb ambivalent beurteilt. So fragt Judith Squires (2007, 8), ob die Staatsorientierung gleichstellungspolitische Akteurinnen nicht zu Komplizinnen des Neoliberalismus machte, wurden doch gleichstellungspolitische Agenden zu zentralen Elementen des neoliberalen politischen und gesellschaftlichen Umbaus, und die gleichstellungspolitischen Erfolge der vergangenen Jahrzehnte sind gleichsam problemlos mit steigender sozialer Ungleichheit kompatibel. Kurzum: Das *mainstreamen* von Frauen und von Gleichstellungspolitik demokratisierte westliche Demokratien nicht unbedingt, sondern wurde Teil eines generellen Entdemokratisierungsprozesses.

Mein Text hat deshalb das Ziel herauszuarbeiten, dass selbst emanzipatorische feministische Demokratietheorie stets Gefahr läuft, eine herrschaftliche Wissenspraxis und somit für entdemokratisierende Denkbewegungen vereinnahmt zu werden. Feministische Demokratietheorie erhob seit den 1970er-Jahren den Anspruch einer grundlegenden Transformation patriarchaler Strukturen. Die frühe Skepsis gegenüber den Institutionen der „Realdemokratie“ und die Präferenzierung von Politikformen jenseits etablierter demokratischer Institutionen wich seit den späten 1980er-Jahren einer Strategie des *engendering* von liberalen Demokratien und Demokratietheorien. Vergeschlechtlichung sollte die Geschlechterdifferenz sichtbar machen, so dass politische Geschlechterungleichheit langfristig mit den Mitteln der Demokratie überwunden werden könne. Kennzeichen dieser feministischen Demokratietheorien war ihre Input-Orientierung, also der Fokus auf Partizipation, sowie die Unzufriedenheit mit dem Modus der Repräsentation als Demokratie beschneidendem und politische Männlichkeit reproduzierendem Mechanismus. Partizipative feministische Demokratietheorien legten daher den Schwerpunkt zum einen auf basisdemokratische Entscheidungsmuster oder zum anderen auf direktdemokratische Verfahren (Holland-Cunz 1998). Feministisch-deliberative Demokratietheorien hoben die Bedeutung von kommunikativer zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit für eine Strategie der Demokratisierung hervor, so beispielsweise Seyla Benhabib (1996) und Jean Cohen (1996). Iris Marion Youngs (1993; 1996) Konzept der „Gruppenrepräsentation“ teilt mit den deliberativen Vorschlägen den Fokus auf eine Demokratisierung „von außen“ durch eine geschlechtersensible Zivilgesellschaft (zusammenfassend Lang 2004).

Vor dem Hintergrund eines historisch sehr zähen Repräsentationsfortschritts von Frauen in westlichen Demokratien und nur mühsamer Erfolge gleichstellungspolitischer Maßnahmen befasste sich die geschlechterforscherische Politikwissenschaft seit den 1990er-Jahren explizit mit dem Mechanismus der Repräsentation. Im Zentrum stehen seither nicht nur Erklärungen, warum Frauen in westlichen Demokratien unterrepräsentiert sind und wie sie besser repräsentiert werden können (Hoecker 1995; Hardmeier 2004), sondern auch die Frage, welchen demokratisierenden Beitrag Gleichstellungspolitiken leisten können (McBride/Mazur 2010). Ein erweiterter Begriff der Repräsentation – nämlich nicht allein als quantitative Präsenz von Frauen, sondern auch als „Handeln für“ Frauen – avancierte zu einem wichtigen politischen Prinzip, das es in seiner geschlechterdemokratischen Konsequenz zu erforschen und zu theoretisieren galt.

Allerdings zeitigte diese Schwerpunktlegung paradoxe Folgen. Es scheint, als sei die feministische politikwissenschaftliche Debatte in eine neo-kapitalistische Falle geraten, verortet sie doch die repräsentationspolitischen Erfolge kaum im Kontext bzw. als Dimension einer generellen Schwächung demokratisch-repräsentativer Organe. So mutet die Frage nach parlamentarischer Repräsentation von Frauen angesichts rascher und tief greifender Prozesse der Entparlamentarisierung geradezu antiquiert, wenn nicht irreführend an. Die Fokussierung auf Repräsentation und Integration von Frauen in das politische System – vor allem mit dem utilitaristischen Argument, dass Frauen aufgrund spezifischer Fähigkeiten Demokratien „effektiver“ machen könnten (Lovenduski 2000, 89; kritisch gegenüber einem solchen „Veredelungsargument“ Buchstein/Jörke 2003, 475) – läuft also Gefahr, die grundlegenden Wandlungen dieses Systems nicht analytisch fassen zu können. Vor allem wurde der transformatorische Schwung der Geschlechterkritik in ein technokratisches Steuerungsinstrument, in *democratic engineering*, verwandelt. Demokratie wird – wie im politikwissenschaftlichen *mainstream* auch (Buchstein/Jörke 2003; Hilmer 2010) – auf bloße Repräsentationsverfahren reduziert und minimalisiert, der partizipative Gedanke ging ebenso verloren wie die Sensibilität für und die Kritik an ökonomischer Ungleichheit. Feministische Repräsentations- und Demokratietheorien bieten somit kaum noch transformatorische Perspektiven für mehr Gleichheit und Selbstbestimmung aller Menschen.

In diesem Setting ist es das Ziel meines Artikels, die zahlreich vorliegenden empirischen Repräsentationsstudien sowie die politikwissenschaftlichen Ansätze zur Theoretisierung politischer Repräsentation von Frauen kritisch zu würdigen (Abschnitt 2), aber auch die Blindstellen und Engführungen aufzuzeigen, die ihrer neoliberalen Überformung Vorschub leisten (Abschnitt 3). Eine kritische Revision der feministischen politikwissenschaftlichen Debatten um Repräsentation soll die paradoxe Entwicklung des gleichstellungspolitischen staatlich-institutionellen Ausbaus und der gleichzeitigen geschlechterdemokratisch-neoliberalen Beschränkung begrifflich-theoretisch fassen und Wege aus dieser repräsentationalistischen Falle weisen. Ich möchte dazu dekonstruktivistische, postkoloniale Repräsentationskritiken fruchtbar machen, die bislang nur wenig Eingang in die politikwissenschaftliche Demokratie- und Repräsentationstheorie gefunden haben. Im letzten Schritt macht der Text Vorschläge zur Reformulierung eines kritischen Repräsentations- und mithin Demokratiekonzepts (Abschnitt 4). Dazu müssen beide repräsentationstheoretischen Stränge durch eine materialistisch-staatstheoretische Perspektive verstärkt werden, damit das liberale Dispositiv der Repräsentation konzeptuell erweitert und für gesellschaftliche Auseinandersetzungen und geschlechterhierarchische Kräfteverhältnisse geöffnet werden kann.

2. Repräsentation als Form der Demokratisierung? Ergebnisse der Geschlechterforschung

John Stuart Mill bezeichnete die Repräsentation als „grand discovery of modern times“ (zit. in Hardmeier 2004, 149), bildete der Repräsentationsgedanke doch einen Kompromiss zwischen der modernen Idee der Volkssouveränität und dem ständischen Modell der Repräsentation durch den Körper des Königs. Die Vorstellung, dass das Parlament den Volkswillen artikuliere und sich dadurch das Volk als eine politische Einheit manifestiere, blieb der Grundgedanke parlamentarischer Demokratie bis heute (Manow 2008, 7). Jedoch wurde dadurch das Repräsentationsprinzip zur „Achillesferse“ der Demokratie (Sartori 1992), war doch damit die „Porträttechnik“ (Manow 2008, 91) verbunden, dass das Parlament ein möglichst repräsentatives Abbild des Volkes sein solle (Pitkin 1967, 60–62; Manow 2008, 89).

Politische Repräsentation entwickelte sich nicht zuletzt deshalb zu einem „fundamental feminist concern“ (Lovenduski 2005, 1), weil erst sehr spät die Vorstellung verabschiedet wurde, dass die Frau durch den Mann repräsentiert werde. Nachdem Frauen in westlichen Demokratien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gleiche politische Rechte erhalten hatten, kam das Thema der Unterrepräsentation von Frauen im Rahmen genereller Demokratisierungs- und Modernisierungsbemühungen in den 1970er-Jahren auf die politische Agenda (Lovenduski et al. 2005, 263). Doch erst in den 1990er-Jahren wurde dieser Defekt westlicher Demokratien als Thema der feministischen Demokratietheorie und -forschung interessant. Im Kontext des politikwissenschaftlichen neuen Institutionalismus, des sogenannten institutionalistischen *turns*, wandten sich feministische Politikwissenschaftlerinnen dem Wahl- und Parteiensystem und den Mechanismen der Repräsentation zu. Zunächst arbeitete die feministische Demokratieforschung die Modi des prekären Einschlusses von Frauen, ihre Position als „integrierte Außenseiter“ (Harding 1994, 292) heraus. Dieser Nachweis der quantitativen Unterrepräsentation war mit der normativen Forderung der Erhöhung des Frauenanteils in politischen Entscheidungsgremien, vornehmlich in Parlamenten, verbunden. Die gleiche quantitative Repräsentation von Frauen galt als Frage demokratischer Gerechtigkeit sowie als Möglichkeit der Vorbildwirkung. Anne Phillips' (1998) Plädoyer für eine „Politik der Präsenz“ argumentierte in diese Richtung, nämlich für eine Legitimierung des Instruments der Quote. In der Folge erfasste ein Quotenfieber die feministische demokratietheoretische Diskussion.

Die Quotendebatten wurden auf der Basis von Hannah F. Pitkins (1967) Unterscheidung in eine „deskriptive“ und eine „substanzielle“ Repräsentation schließlich grundlegend erweitert. Die quantitative oder mimetisch-darstellende Repräsentationsforderung, die allein auf das biologische Geschlecht abhebt – Frauen stehen für Frauen („standing for“) –, müsse durch das Handeln für Frauen („acting for“), also durch substanzielle Repräsentation ergänzt werden (Pitkin 1967, 209; Lovenduski et al. 2005, 267). Dieser theoretische Einsatz verschob die feministische Debatte vom biologistischen Ähnlichkeits- oder Spiegelmodell hin zu einem performativen Repräsentationskonzept (Celis 2008). Dies implizierte zum einen, dass Interessen von Frauen von allen politischen AkteurInnen, unabhängig vom Geschlecht, repräsentiert werden können. Zum anderen rückte damit die Responsivität politischer Entscheidungen, also der frauunfreundliche Policy-Outcome (der auch von Männern realisiert werden kann) in den wissenschaftlichen Blick.

Aus dieser neuen Konzeptualisierung entstand eine weitere Problemstellung, nämlich die des Zusammenhangs von deskriptiver und substanzieller Repräsentation. Führt, so die demokratietheoretisch relevante Frage, die zunehmende Integration von Frauen in politische Institutionen

(deskriptive Repräsentation) zur Veränderung politischer Verhaltensnormen im Politikprozess sowie zu geschlechtergerechteren politischen Maßnahmen (substanzielle Repräsentation)? Machen also Frauen einen substanziellen Unterschied in der Politik? Anne Phillips (1998) war diesem Zusammenhang gegenüber skeptisch eingestellt und betonte, dass die „Präsenz“ von Frauen in politischen Entscheidungsgremien ihnen zuvörderst die Chance eröffnen sollte, am Interessenformulierungs- und -durchsetzungsprozess teilzunehmen, dass daraus aber kein Anspruch auf eine politikverändernde Handlung dieser Repräsentantinnen abgeleitet werden dürfe.

Dennoch entstanden in der Folge vielfältige Theoretisierungen über diesen letztlich nur empirisch zu fassenden Zusammenhang. Das Konzept der „kritischen Masse“ (Kanter 1977; Dahlerup 1988) war ein erster Versuch, den Konnex von deskriptiver und substanzieller Repräsentation zu erklären. Ab einer bestimmten kritischen Masse, nämlich 30% Frauen, in politischen Entscheidungsgremien, so das Argument, verändere sich nicht nur der politische Stil, sondern auch die Politikergebnisse würden frauenfreundlicher. Weitere konzeptuelle Zahlenspielereien schlugen vor, dass auch eine „kritische Minderheit“ von 10% Frauen parlamentarische Entscheidungsprozesse verändern könnte (Mateo Diaz 2005, 230). Drude Dahlerup (1988, 294ff.) stellte das aus der Organisationssoziologie entlehnte numerische Modell freilich infrage und betonte vielmehr im Anschluss an Pitkin „critical acts“. Die geschlechterforscherische Politikwissenschaft, die sich des Problems empirisch annahm, verneinte einen notwendigen Zusammenhang von weiblicher deskriptiver Repräsentation und einem frauenfreundlicheren Politik-Output (Celis/Childs 2008): „[I]t has proved difficult to demonstrate that the representation of women’s interests necessarily follows from the presence of women representatives“ (Campbell/Childs/Lovenduski 2009, 172). Allerdings gibt es Evidenz für ein komplexes Verhältnis zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation. Um zwei Beispiele zu nennen: Campbell, Childs und Lovenduski (2009, 194) konnten für Großbritannien zeigen, dass Frauen insgesamt wie auch die weibliche politische Entscheidungselite der Geschlechtergleichstellung gegenüber weit positiver eingestellt sind als Männer. Die Autorinnen folgern daraus, dass Fraueninteressen besser durch Frauen im Parlament vertreten werden. Diese Ansicht vertreten laut einer weiteren Studie auch britische Parlamentarierinnen selbst (Bird 2005).

Wissenschaftlich umstritten ist aber die damit verknüpfte Idee gemeinsamer Fraueninteressen, die weibliche Abgeordnete vertreten sollten. Einige Forscherinnen deuten die Tatsache, dass Parlamentarierinnen sich eher in bestimmten frauenspezifischen Politikbereichen engagieren – z.B. Bildung, Gesundheit, Pflege – als Ausweis für die Existenz frauenspezifischer Interessen (Campbell 2004; auch Catalano 2009, 65). Andere empirische Studien verneinen dies und weisen darauf hin, dass Parlamentarierinnen – wie ihre männlichen Kollegen auch – viel eher der Parteibindung als ihrem Geschlecht verpflichtet sind (Catalano 2009, 46; Campbell/Childs/Lovenduski 2009, 173).

An diese Diskussionen anschließend erfuhr das feministisch-politikwissenschaftliche Repräsentationskonzept eine neuerliche Erweiterung, die die *Kombination* von „Darstellen“ und „Handeln“ als Strategie transformatorischer Politik ins Zentrum rückt. Judith Squires (2007, 1f.) und Karen Celis (2008, 86) schlagen eine Trilogie der Repräsentation von Frauen vor: *erstens* Frauen- bzw. Geschlechterquoten in allen politischen Gremien mit dem Schwerpunkt auf „Präsenz“ von Frauen, *zweitens* Institutionen der Gleichstellung, *women’s policy agencies*, und Gender-ExpertInnen mit dem Schwerpunkt auf „Stimme“, also der Artikulation spezifischer Belange von Frauen, und *drittens* Gender Mainstreaming mit dem Schwerpunkt auf „Prozess“, also die systematische Integration einer Gleichstellungsperspektive in Politikprozesse. Karen Celis resümiert: „[I]nstitutional change and mobilization subsequently become more important

than increasing the number of descriptive representatives in parliament“ (Celis 2008, 86; ähnlich Lovenduski 2005, 1).

3. Das repräsentationalistische Paradox. Dekonstruktivistische Kritik an den Verkürzungen der Repräsentationsdebatte

Die kursorische Übersicht zeigt, dass die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung in den vergangenen 30 Jahren nicht nur wichtige empirische Ergebnisse hervorbrachte, sondern auch zu einer theoretischen Schärfung des Repräsentationskonzepts beitrug. Allerdings warf die feministische Repräsentationsdebatte ihren eigenen Schatten und minimalisierte dadurch den Demokratiedanken auf die Integration von Frauen in politische Institutionen. Ich stelle im Folgenden aus einer dekonstruktivistisch-postkolonialen Perspektive einige zentrale Ausblendungen der institutionalistisch-politikwissenschaftlichen Repräsentationsdebatte mit dem Ziel dar, diese beiden Debattenstränge miteinander sprechen zu lassen und so die existierenden kritischen Ansätze der feministischen Politikwissenschaft weiterzutreiben. Der integrationistische Fokus, die Vernachlässigung von Partizipation sowie die Ausblendung von sozialer Ungleichheit werden in der postkolonialen Kritik im unhinterfragten Repräsentationskonzept feministischer Politikwissenschaft lokalisiert.

Es ist das Verdienst dekonstruktivistischer Theoriebildung, auf die problematische Konstruktion von Identitäten als unterstellte Gemeinsamkeiten hingewiesen zu haben. Dies birgt, wie die Geschlechterdebatte im Anschluss an Judith Butler (1991) aufzeigen konnte, die Gefahr der Esenzialisierung und der Naturalisierung. Die Idee der Repräsentation ist mit dem Problem einer unterstellten Identität – sowohl zwischen Repräsentantin und Repräsentierter, aber auch innerhalb der Gruppe der zu Repräsentierenden – belastet (Castro Varela/Dhawan 2004, 210). Judith Squires (2007, 17) kritisiert esenzialisierende Identitätskategorien in der politikwissenschaftlichen feministischen Repräsentationsdiskussion, wird doch – vor allem in empirischen Studien – stillschweigend von einer gemeinsamen Identität von Frauen, z.B. aufgrund von ähnlichen sozialisatorischen Erfahrungen ausgegangen (kritisch Mateo Diaz 2005, 122). Dies hat zur Folge, dass der Repräsentationsprozess gegenüber der Vielheit der Bedürfnis- und Interessenlagen selektiv ist. Repräsentationsverfahren setzen daher eher (männliche) Partikularinteressen durch, als dass sie Universalität und Gleichheit realisieren. Demgegenüber, so das dekonstruktivistische Argument, müsse Repräsentation immer vom Faktum der Differenz, der Unterschiedlichkeit und Ungleichheit auch zwischen Frauen ausgehen (Gutierrez Rodriguez 2003, 27).³

Darüber hinaus macht dekonstruktivistische Kritik auf eine weitere „identitätslogische Prämisse“ (von Hoff 2005, 165) aufmerksam. Identität und Interesse, so die unhinterfragte Annahme des politikwissenschaftlichen *mainstreams* wie auch der feministischen empirischen Repräsentationsforschung, seien vorpolitisch bzw. vordiskursiv gegeben und würden in demokratisch-repräsentativen Verfahren lediglich gebündelt und vertreten. Postkoloniale Kritik stellt dies infrage: So sind weder der *demos*, noch die Gruppe der Frauen gegebene, gleichsam natürliche Größen, sondern beide werden im politischen Repräsentationsprozess erst hergestellt. Es ist also ein demokratischer Mythos, dass „das“ Volk oder „die“ Frauen repräsentierbar seien. Diese Illusion bezeichnete Carlo Ginzburg (1992, 14) als „Idolatrie“ der Repräsentation. Gayatri Chakravorty Spivak (2008, 27) kritisiert dies als „repräsentationalistischen Realismus“.

Der Einsatz postkolonialer feministischer Theorie ist es demgegenüber, Identität, Interesse und Repräsentation als sich ko-konstituierende Prozesse zu begreifen, d.h. Repräsentation ist

eine Praxis, die „das Repräsentierte erst schafft“ (Castro Varela/Dhawan 2003, 276). Repräsentation wird in der dekonstruktivistischen Tradition darüber hinaus als Performativität gedacht, als interaktive gemeinsame Praxis zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten (von Hoff 2005, 162; Bronfen 1995, 409ff.), eine Praxis, die sich nicht im Wahlakt erschöpft. In dieser gemeinsamen demokratischen „Aufführung“ (von Hoff 2005, 163) wird das abwesende Repräsentierte ebenso wie die Position der RepräsentantIn erst geschaffen. Repräsentieren muss daher „als prozessuales und nicht-essentielles Moment“ (Gutierrez Rodriguez 2003, 27) gedacht und im demokratischen Prozess institutionalisiert werden.

Diese Gedanken sind der feministischen politikwissenschaftlichen Repräsentationstheorie nicht völlig fremd, hat sie sich doch im Anschluss an Pitkins und Dahlerups Idee „kritischer Handlungen“ dekonstruktivistische Überlegungen zu eigen gemacht. In Jane Mansbridges (1999, 638) Konzeption beispielsweise ist Repräsentation nicht mehr nur „Darstellung“, sondern auch „Performanz“, ein „creative act“. Mansbridges (2003, 516ff.) Modell der „anticipatory representation“ impliziert eine responsive Form des Handelns politischer RepräsentantInnen, die die zukünftigen Interessen ihrer WählerInnen nicht nur zu antizipieren suchen, sondern – wie sie hervorhebt – diese Interessen überhaupt erst kreieren, um WählerInnenstimmen zu gewinnen (auch Celis 2008, 77). Diese performative kommunikative Idee der Repräsentation weist über bloßes Handeln in politischen Institutionen hinaus und bezieht die BürgerInnen aktiv in den politischen Repräsentationsprozess ein – und zwar nicht nur im Moment der Stimmabgabe. Mansbridges Konzeption erlaubt es also prinzipiell, Repräsentation als gemeinsame, Gesellschaft transformierende Aktivität zu denken.

Die postkoloniale Perspektive geht allerdings noch weiter, sensibilisiert der nicht-identitäre Ansatz doch vor allem für Grenzziehungen, für das *boundary drawing* und die Praxen des Ausschlusses durch Repräsentationsakte: Die Unterstellung von Identität ist nämlich notwendig mit der Konstruktion eines „Anderen“, einer Alterität, des Nicht-Identischen und Nicht-Dazugehörigen verbunden (Castro Varela/Dhawan 2003, 276). „[H]egemoniale Repräsentationstechniken“ basieren auf einer „binären Identitätslogik“ des Ein- und Ausschlusses (Gutierrez Rodriguez 2003, 26f.). Das zu Repräsentierende wird in liberal-demokratischen Verfahren als exklusive Gruppe konstruiert, aber weil diese Gruppe repräsentiert und somit abwesend ist, bleiben die Ausgeschlossenen unsichtbar. Repräsentation als eine exklusive, eine ausschließende Praxis ist ein gleichsam feudal-ständisches Erbe, das die liberale Demokratie übernommen hat (Manow 2008, 92). Wurden lange Zeit Frauen als „Anderer“ konstruiert und aus der zu repräsentierenden Gruppe des Volkes exkludiert, weil sie ja von Männern repräsentiert würden, so schließt demokratische Repräsentation heute vor allem MigrantInnen als nicht zum fiktiven Volk gehörend aus und macht sie politisch nicht wahrnehmbar (Holland-Cunz 2004, 133f.). Durch den Fokus auf liberale Repräsentationsmechanismen geht der feministisch-politikwissenschaftlichen Forschung dieser Ausschließungsmodus verloren.

Die postkoloniale Kritik hat schließlich auf den Aspekt der Entmündigung durch das „Sprechen und Handeln für“ hingewiesen. Während die feministische Politikwissenschaft annimmt, dass Parlamentarierinnen, Gender-Expertinnen oder Femokratinnen für Frauen bzw. Frauenbewegungen sprechen, stellt die postkoloniale Theorie diese Möglichkeit des „Für-Sprechens“ als herrschaftlichen Gestus infrage. Spivaks (2008) inzwischen in der Literatur bis zur Unkenntlichkeit gestellte Frage, ob die „Subalternen“, also die Ausgeschlossenen und Unterworfenen – seien es Frauen im globalen Süden oder MigrantInnen im globalen Norden –, sprechen können, macht auf diesen problematischen Zusammenhang aufmerksam: Solche Gruppen, die ausgeschlossen bleiben, können nicht „sprechen“, weil sie nicht gehört werden. Sie können daher auch

nicht repräsentiert werden, d.h. für sie kann in hegemonialen Repräsentationsverhältnissen nicht gesprochen werden. Der Repräsentationsmechanismus macht sie unsichtbar und stimmlos, schließt sie also aus dem Möglichkeitsraum politischen Sprechens und Handelns aus. Demokratisch-repräsentative Verfahren übertragen somit stets herrschenden Gruppen Macht und marginalisieren zugleich stimmlose Gruppen. Repräsentation in liberalen Demokratien wird so als eine herrschaftliche Praxis entlarvt. Auch diese Herrschaftsdimension ist der Repräsentationsidee von Anbeginn der Moderne eingeschrieben, denn das Parlament übernahm bzw. „imitierte“ mit dem Repräsentationsgedanken die Funktion des Königs – des Herrschers über das Volk (Manow 2008, 8).

Postkolonialer Repräsentations- und Identitätskritik geht es nun nicht darum, in einem großen Gestus Identität überhaupt zu verneinen – also die Kategorie „Frau“ zu verwerfen – oder den Repräsentationsmodus völlig abzulehnen. Sie will vielmehr „Macht- und Unterdrückungsmechanismen in Repräsentationsakten“ immer wieder herausarbeiten (Castro Varela/Dhawan 2004, 211). Zusammenfassend lassen sich drei Punkte dekonstruktivistischer Repräsentationskritik festhalten, die in einer kritischen Repräsentationstheorie aufgehoben sein sollten: erstens die Gefahr identitätslogischer Annahmen (Identitätsdimension), zweitens die Unsichtbarmachung sozialer Ungleichheiten (Ungleichheitsdimension) und drittens die Perpetuierung von Herrschaftsverhältnissen (Herrschaftsdimension).

4. Ansätze einer staatstheoretisch-materialistischen feministischen Repräsentations- und Demokratietheorie

Der Idee geschlechtsspezifischer Repräsentation in der Politikwissenschaft wohnt, wie ich denke, durchaus ein transformatorischer Impetus inne, doch muss dieser erst wieder geborgen und theoretisch stark gemacht werden. Ich will daher im Folgenden eine Konzeptualisierung von Repräsentation und Demokratie erarbeiten, die die empirischen Forschungsergebnisse und die Theoretisierungen der feministischen Politikwissenschaft nicht verwirft, sondern sie im Lichte dekonstruktivistischer Kritik demokratiepolitisch und -theoretisch zuspitzt und die oben genannten drei Dimensionen dekonstruktivistischer Repräsentationskritik berücksichtigt. Ein solches Konzept soll die demokratietheoretische Linse feministisch-politikwissenschaftlicher Theoretisierungen wieder weiten und die vergleichsweise abstrakten und blutleeren demokratietheoretischen Debatten mit demokratischem Leben erfüllen.

Postkoloniale und dekonstruktivistische Einwände sensibilisieren hier für die essenzialisierenden und integrationistischen Engführungen des Repräsentationsgedankens in politikwissenschaftlichen Repräsentationskonzepten. Allerdings bleibt letztlich das Problem, wie und unter welchen Umständen nicht-identitäre, anti-repräsentationalistische Politik institutionell gelingen kann, ungeklärt. So stellt Hito Steyerl (2007, 4) zwar die richtigen Fragen, ob es eine „Solidarität jenseits der Identität“ gebe, wie also ein „politisches Subjekt jenseits von Staat, Kultur und Identität zu konstruieren“ sei – doch die Antwort bleibt sie schuldig.⁴ Judith Squires (2007, 16f.), die die Fixierung auf Repräsentation als demokratiepolitisch und demokratietheoretisch verkürzt kritisiert und dekonstruktivistische Argumente aufnimmt, schlägt deliberative, zivilgesellschaftliche Verfahren als einen kritischen Fluchtpunkt gegen die begrenzenden Effekte von Repräsentationspolitik vor. In Governance-Mechanismen sowie im „messy process of participatory democracy“ (ebd., 18) sieht sie Chancen für die Eröffnung neuer Räume der Kooperation zwischen staatlichen AkteurInnen, NGOs und „sozialen Entrepreneurs“ (ebd., 176). Die Präsenz und Repräsentanz von Frauen in politischen Institutionen soll durch das advokato-

rische Handeln von Frauen (und Männern) in einer „expansiven Demokratie“ (ebd.) ergänzt werden.

All diese kritischen Einsätze gegen Repräsentationspolitik und die Gegenvorschläge können vor dem Hintergrund aktueller Transformationen nicht zufriedenstellen, verfehlen sie doch den Zusammenhang von politischen Institutionen sowie sozialen und ökonomischen Verhältnissen, d.h. die gesellschaftstheoretische Reichweite auch dieser kritischen Denkrichtungen ist vergleichsweise begrenzt. Deshalb bedarf es m.E. einer Perspektive, die die ökonomischen und sozialen Verhältnisse wieder stärker in den feministischen politikwissenschaftlichen Blick rückt. Anders gesagt: Die Debatten um Repräsentation müssen in sozialen Verhältnissen – auch in ungleichen Geschlechterverhältnissen – kontextualisiert werden, und Repräsentationsprozesse müssen als Praxen sich transformierender patriarchalisch-kapitalistischer Gesellschaften lokalisiert werden. Ich möchte deshalb eine feministisch-materialistische Sicht auf die liberale Demokratie als Repräsentationsform kapitalistisch-patriarchaler Gesellschaften vorschlagen, um die offenen Fragen der Repräsentationskritik und der Wiedergewinnung einer partizipatorisch-emanzipativen Perspektive zumindest ansatzweise beantworten zu können.

Eine solch feministisch-materialistische Sicht, wie ich sie in den vergangenen Jahren entwickelt habe (Sauer 2001), betrachtet den Staat und seine Institutionen als Arenen der Verdichtung von (geschlechtlichen) Ungleichheitsverhältnissen – also als Teil sozialer Verhältnisse (Jessop 2009). Der Staat ist ein strategisches Terrain und mithin das institutionalisierte Ergebnis von sozialen Verhältnissen und Konflikten, d.h. staatliche Institutionen und Mechanismen – wie z.B. Repräsentation – sind Teil eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs, also Teil eines sozialen und ökonomischen Kräftefelds. Das geschlechtsspezifische Kräftefeld moderner Staatlichkeit ist durch ein „Trennungsdispositiv“ (Sauer 1999) gekennzeichnet, das gesellschaftliche Widersprüche um Arbeit und Generativität zu prozedieren hilft, indem es diese Widersprüche und Konflikte in Binaritäten überführt, nämlich in die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Ökonomie, zwischen privat und öffentlich sowie zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit. Dieses Trennungsdispositiv ist ein (geschlechtsspezifischer) Herrschaftsmechanismus, perpetuiert er doch soziale Ungleichheiten im Feld von Arbeit und Generativität. (Geschlechter-)Macht und Herrschaft gründen also in gesellschaftlichen Verhältnissen und werden in politischen Institutionen auf Dauer gestellt. Ein materialistisch-feministisches Staatsverständnis macht somit deutlich, dass Staat und (Zivil-)Gesellschaft keine gegensätzlichen Strukturen sind, sondern dass sich geschlechtsspezifische Herrschaftsverhältnisse in der männlich dominierten Zivilgesellschaft formieren und sich in (staatlichen) Strukturen ab- bzw. ausbilden.

Auch die repräsentative Demokratie ist nicht schlicht als ein mehrheitsbezogenes Verfahren der Elitenauswahl, der Repräsentation von Interessen und der Entscheidungsfindung, also nicht einfach als „Porträttechnik“ (Manow 2008, 91) zu begreifen. Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern demokratische Institutionen und Verfahren sind konflikthafte Praxen, die die notwendigen Kompromisse zwischen den konfligierenden sozialen Kräften auf Dauer stellen (Demirovic 2001, 157; Sauer 2009). Auch Repräsentation ist also ein Mechanismus liberaler Demokratien, der die sozialen Ungleichheiten, Konflikte und Auseinandersetzungen in politisch stabile Formen und Institutionen bringen soll. Die Repräsentationstechnik ist ein Modus dieser ungleichen sozialen Verhältnisse. Repräsentiert werden nur machtvolle soziale Kräfte – so wurden selbst durch frauenbewegte Interventionen nur spezifische Dimensionen von Geschlecht(er)verhältnissen repräsentierbar und damit veränderbar – während schwache soziale Kräfte durch den Repräsentationsvorgang unsichtbar und stumm gemacht werden. Repräsentative Verfahren stellen also die sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die (geschlechter-)ungleichen

Kräftekonstellationen im kapitalistisch-patriarchalen Staat nicht nur dar, sondern sie stellen diese immer wieder her, indem sie sie entlang der Trennungslinien institutionalisieren.

Staaten und Demokratien sind aber auch stets umkämpfte Projekte, die diskursiv-hegemonial abgesichert werden müssen (Brown 1992, 14ff.). Demokratisch-repräsentative Verfahren sind der Modus liberaler kapitalistischer Demokratien, um Kompromisse zu schmieden und Zustimmung, also Hegemonie herzustellen. In Repräsentationsakten werden hegemoniale Wahrnehmungs- und Wissensformen von Demokratie, aber auch von Geschlecht erarbeitet bzw. ausgehandelt. Eine Wirkweise des Repräsentierens ist hierfür besonders relevant: Politische Repräsentation lässt nämlich Gesellschaft, also das zu repräsentierende Abwesende, verschwinden, sie wird gleichsam durch den Repräsentationsakt substituiert. Das liberale Repräsentationskonzept ist somit ein zentraler Modus, um soziale Verhältnisse und Konflikte im Raum des Politischen unsichtbar zu machen, zum Verschwinden zu bringen und damit stillzustellen. Repräsentation wird zum Ersatz für gesellschaftliche Auseinandersetzungen, ja als solche Ersatzhandlung simuliert sie gleichsam soziale Auseinandersetzungen und stellt so die Illusion sozialer Gleichheit her. Diese hegemoniale Konstellation bringt die BürgerInnen im Akt der Repräsentation zum Zustimmung zu und zum Verstummen gegenüber sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit.

Das „Paradox der Demokratie“, dass nämlich politische Gleichheit auf einem Untergrund sozialer Ungleichheit basiert (Young 1993, 279), kann somit innerhalb der liberalen Repräsentationstheorien nicht aufgelöst werden (siehe auch Fraser 2007). Repräsentation im Sinne von Darstellen und Vertreten ist in Ungleichheitsverhältnissen notwendig zum Scheitern verurteilt (ähnlich Ginzburg 1992, 5). Weil die politikwissenschaftliche feministische Repräsentationsdiskussion die liberale Trennung des Repräsentationsgedankens nicht grundsätzlich hinterfragt, kann sie die Frage der sozialen Voraussetzungen für repräsentativ-demokratische Mechanismen nicht aufwerfen (Squires 2007, 7). Mit dem demokratietheoretischen Fokus auf Repräsentation gerät schließlich auch der Gedanke der Partizipation als politische Auseinandersetzung aus dem theoretischen Blickfeld, wird doch repräsentatives „Handeln für“ mit demokratischem Handeln der BürgerInnen verwechselt.

Aus der Tatsache, dass Staatlichkeit stets Kompromisscharakter hat, der im Modus demokratischer Verfahren prozediert wird, ergibt sich die Chance, dass sich auch soziale Kräfteverhältnisse im Kampf um Repräsentation neu ordnen müssen, dass also Repräsentationspraxen auch soziale Verhältnisse, z.B. Geschlechter- oder Klassenverhältnisse, transformieren können. Das gesellschaftliche Ringen um politische Kompromisse und Hegemonie, das Kennzeichen liberaler Demokratien, birgt also Möglichkeiten der Veränderung exkludierender Staatsverhältnisse und somit Freiheitsgewinne auch für Frauen, wie die neuen Formen und Instrumente der Steuerung von ungleichen Geschlechterverhältnissen zeigen. Allerdings läuft dieses gleichstellungspolitische Regieren stets Gefahr, erneut Ausschlüsse und Engführungen zu produzieren.

Vor diesem theoretischen Hintergrund braucht eine transformatorische demokratiepolitische Perspektive mindestens zweierlei: *Zum einen* bedarf es Verfahren, die die liberalen Repräsentationspraxen kritisch hinterfragen, die den repräsentativen Raum immer wieder zu entgrenzen und die damit verbundenen Herrschaftsstrukturen aufzulösen vermögen. Anders gesagt: Demokratien brauchen Mechanismen, um das durch Repräsentation aus dem politischen Raum Ausgeschlossene präsent und dadurch den Mythos der Repräsentation sichtbar zu machen. Soziale Ungleichheiten und daraus folgende Herrschaftsverhältnisse selbst können zwar durch Repräsentation nicht sichtbar gemacht werden, ihre Nicht-Repräsentation kann aber demonstriert

werden. Eine solche „demonstrative Politik“, wie ich dies nennen möchte, muss als eine Arena, eine kontroverse und umkämpfte Praxis jenseits und in Ergänzung von Parteienkonflikten, aber auch jenseits einer Zivilgesellschaftsidylle gedacht werden. Young (2001) bezeichnet dies als aktivistische Politik. Beispiel einer solch demonstrativen Politik ist die Tradition des 1. März als „Transnationaler Migrant_innenstreik“. Allerdings können solche Praxen des „disrupt ,politics as usual“, also der Verweigerung von Zustimmung (Ackelsberg 2010, 193f.), nur eine Dimension selbstreflexiver demokratischer Neuerfindung sein (Herrschaftsdimension/Ungleichheitsdimension).

Eine solche Selbstreflexivität demokratischer Repräsentationsverfahren als demonstrative Politik muss in nicht-repräsentationalistischer Politik gründen. Dies heißt – und dies ist die *zweite Erfordernis* demokratischer Politik –, dass soziale Kräfteverhältnisse nicht nur repräsentiert und dargestellt werden sollen, sondern dass sie ganz unmittelbar zum Teil und Gegenstand des politischen Prozesses gemacht werden müssen. Kurzum: Demokratische Verfahren müssen soziale Verhältnisse und die dahinter stehenden Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit politisch sichtbar machen. Dies kann nur durch die direkte Teilnahme dieser Menschen am politischen Prozess gelingen; nur dadurch wird die Gefahr identitätslogischer Verallgemeinerungen reduziert. D.h. der Partizipationsgedanke in Demokratiekonzepten muss – im Unterschied zur „Rationalisierung“ von Demokratietheorien, also ihre starke Output-Orientierung (Buchstein/Jörke 2003, 475) – wieder gestärkt werden (Identitätsdimension).

Eine feministische partizipatorische Demokratietheorie sollte einen räumlichen und einen modalen Fokus entwickeln. Partizipation bezieht sich *zum einen* auf Räume demokratischer Teilnahme, die über klassische Orte demokratischer Partizipation und Entscheidung der Parteidemokratie hinaus gehen. Demokratiepolitische Innovation braucht also ein weiteres Verständnis von Politik und demokratischem politischen Handeln als das institutionalisierter Politik. Kurzum: Angesichts aktueller Prozesse der Entparlamentarisierung müssen neue demokratische Diskussions- und Entscheidungsorte etabliert werden. *Zum anderen* impliziert partizipatorische Demokratie auch neue Modi politischen Handelns, z.B. Deliberation, Kooperation, Solidarität, Empathie oder Aktivismus (Hilmer 2010, 46).

Damit eine Transformation von sozialen Ungleichheitsverhältnissen in Repräsentationspraxen in die Wege geleitet werden kann, brauchen demokratische Praxis und Repräsentation also neue alternative Räume und Orte politischer Partizipation, die die Trennungen von öffentlich und privat, zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit, von Staat und Gesellschaft überwinden (Jessop 2009, 96). Zivilgesellschaft darf dabei nicht als der andere Raum im Gegensatz zum Staat hypostasiert werden, sondern muss vielmehr als Teil des gesellschaftlich-politischen Gesamtzusammenhangs und gesellschaftlicher Konflikte gesehen werden, d.h. als ein umstrittener herrschaftlicher Raum sozialer Auseinandersetzungen. Zivilgesellschaftliches politisches Handeln muss also in allen sozialen Feldern, in der Ökonomie, der Arbeit, in der Familie und im Haushalt stattfinden. Formen solch partizipativer Politik sind z.B. demokratische Prozesse der Entscheidung über öffentliche Haushalte, sogenannte BürgerInnenhaushalte, sowie öffentliche Gender-Budgeting-Prozesse. Diese partizipativen Diskussions- und Entscheidungsprozesse könnten auch privatwirtschaftliche AkteurInnen einbeziehen und demokratische Praxen am Arbeitsplatz, z.B. in Betrieben mit staatlichen Aufträgen, initiieren. Vor allem aber der Arbeitsplatz Haushalt, wo der Hauptteil gesellschaftlich notwendiger Fürsorgearbeit erbracht wird, könnte über kommunale BürgerInnen-Budgets zur öffentlichen demokratischen Diskussion und Entscheidung gestellt werden. Öffentliche Staats- und BürgerInnenhaushalte könnten beispielweise mit Debatten über Steuern von Betrieben und Kosten für die bislang unbezahlte Pflegearbeit verbunden werden.

Dies sind nur einige Beispiele, wie Repräsentation – denn nicht alle in einem Feld Tätigen können sich immer beteiligen – als partizipative soziale Praxis neu gedacht werden könnte. Die Studien über eine „Vitalisierung“ von Demokratie, die Roland Roth (o.J.) zusammenstellte, zeigen, dass bereits eine ganze Reihe solch sozial-partizipativer Praxen existiert, die es in den demokratietheoretischen Raum hineinzuholen gilt. Freilich, und dies gilt es stets zu bedenken, sind auch solche Prozesse von Schließungen begleitet, die in selbstreflexiven Mechanismen immer wieder zu öffnen sind.

Neben diesen neuen Räumen der Demokratie braucht es des Weiteren alternative Formen der politischen Organisierung (Jessop 2009, 96). Buchstein und Jörke (2003, 490) schlagen in Bezug auf neue Modi vor, Demokratie als „Handlungsbegriff“ zu fassen und zu „dynamisieren“, also demokratische Repräsentation als Performativität, als gemeinsame Handlung zu konzeptualisieren. In solchen partizipativen Prozessen ist, wie Hilmer (2010, 58ff.) zeigen konnte, Solidarität, also gemeinsames politisches Handeln über Unterschiede hinweg, ebenso wie kollektive Verantwortlichkeit möglich. Praxen wie die Weltsozialforen (Hilmer 2010, 60) erlauben Koalitionen unter Verschiedenen (Ackelsberg 2010, 143f.). Damit bieten solche Entscheidungsprozesse auch die Chance, dass soziale Ungleichheiten – nicht zuletzt Geschlechterungleichheit – von ganz unterschiedlichen Gruppen von Männern und Frauen kritisiert, bearbeitet und beseitigt werden. Dies ist eine mögliche Perspektive für eine post(neo)liberale Demokratie und Repräsentationspraxis, die Geschlechterdemokratisierung auf einer breiteren Basis weiter entwickelt. Eine Garantie für die Transformation ungleicher sozialer Kräfteverhältnisse ist damit freilich nicht gegeben, wohl aber eine Möglichkeit.

ANMERKUNGEN

- 1 Joan Scott (1996) gab ihrem Buch über die Kämpfe der frühen bürgerlichen Frauenbewegung diesen Titel. Sie bezeichnete damit das Paradox zwischen Gleichheit und Differenz.
- 2 Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen politischen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern zu berücksichtigen, um geschlechterungleiche Effekte zu antizipieren und zu vermeiden.
- 3 Dies wird unter dem Stichwort der Intersektionalität diskutiert.
- 4 Auch Chantal Mouffes (2008) Vorschlag einer nicht-repräsentationalistischen Politik agonistischer Praxen bleibt ein von sozialen Kräfteverhältnissen entthobener abstrakter Mechanismus (siehe auch Kreisky/Löffler 2010).

LITERATURVERZEICHNIS

- Ackelsberg, Martha A. (2010). *Resisting Citizenship. Feminist Essays on Politics, Community, and Democracy*, New York/London.
- Benhabib, Seyla (1996). *Toward a Deliberative Model of Democratic Legitimacy*, in: Seyla Benhabib (Hg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton.
- Bird, Karen (2005). *Gendering Parliamentary Questions*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 7(3), 353–370.
- Bronfen, Elisabeth (1995). *Weiblichkeit und Repräsentation – aus der Perspektive von Semiotik, Ästhetik und Psychoanalyse*, in: Hadumod Bußmann/Renate Hof (Hg.): *Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften*, Stuttgart, 409–445.
- Brown, Wendy (1992). *Finding the Man in the State*, in: *Feminist Studies*, 18(1), 7–34.
- Buchstein, Hubertus/Dirk Jörke (2003). *Das Unbehagen an der Demokratietheorie*, in: *Leviathan* 31(4), 470–495.
- Butler, Judith (1991). *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt am Main.
- Campbell, Rosie (2004). *Gender, Ideology and Issue Preference: Is there Such a Thing as a Political Women's Interest in Britain?*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 6(1), 20–46.

- Campbell, Rosie/Sarah Childs/Joni Lovenduski (2009). Do Women Need Women Representatives?, in: *British Journal for Political Science*, Vol. 40, 171–194.
- Castro Varela, Maria do Mar/Nikita Dhawan (2003). Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik, in: Hito Steyerl/Encarnacion Gutierrez Rodriguez (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Berlin, 270–290.
- Castro Varela, Maria do Mar/Nikita Dhawan (2004). Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention, in: Bettina Roß (Hg.): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine anti-rassistische Politik und Politikwissenschaft*, Wiesbaden, 205–226.
- Catalano, Ana (2009). Women Acting for Women? An Analysis of Gender and Debate Participation in the British House of Commons 2005–2007, in: *Politics and Gender*, Vol. 5, 45–68.
- Celis, Karen (2008). Gendering representation, in: Gary Goertz/Amy G. Mazur (Hg.): *Politics, Gender, and Concepts. Theory and Methodology*, Cambridge, 71–93.
- Celis, Karen/Sarah Childs (2008). Introduction. The Descriptive and Substantive Representation of Women: New Directions, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 61, 419–425.
- Cohen, Jean L. (1996). Democracy, Difference, and the Right of Privacy, in: Seyla Benhabib (Hg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, 187–217.
- Crouch, Colin (2008). *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Dahlerup, Drude (1988). From a Small to a Large Minority: Women in Scandinavian Politics, in: *Scandinavian Political Studies*, Vol. 11(4), 275–299.
- Demirovic, Alex (2001). NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie, in: Ulrich Brand u.a. (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster, 141–168.
- Fraser, Nancy (2007). Mapping the feminist imagination: from redistribution to recognition to representation, in: J. Browne (Hg.): *The Future of Gender*, Cambridge.
- Ginzburg, Carlo (1992). Repräsentation – das Wort, die Vorstellung, der Gegenstand, in: *Freibeuter*, Vol. 53, 2–23.
- Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (2003). Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik, in: Hito Steyerl/Encarnacion Gutierrez Rodriguez (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster, 17–37.
- Harding, Sandra (1994). *Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu*, Frankfurt am Main/New York.
- Hardmeier, Sibylle (2004). Repräsentation, in: Sieglinde Rosenberger/Birgit Sauer (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*, Wien, 149–169.
- Hilmer, Jeffrey D. (2010). The State of Participatory Democratic Theory, in: *New Political Science*, Vol. 32(1), 43–63.
- Hoecker, Beate (1995). Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch, Opladen.
- Hoff, Dagmar von (2005). Performanz/Repräsentation, in: Christina von Braun/Inge Stephan (Hg.): *Gender@Wissen. Ein Handbuch der Gender-Theorien*, Köln/Weimar/Wien, 162–179.
- Holland-Cunz, Barbara (1998). *Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt*, Opladen.
- Holland-Cunz, Barbara (2004). Demokratie – StaatsbürgerInnenschaft – Partizipation, in: Sieglinde Rosenberger/Birgit Sauer (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*, Wien, 127–148.
- Jessop, Bob (2009). *State Power. A Strategic-Relational Approach*, Cambridge/Malden.
- Kanter, Rosabeth Moss (1977). *Men and Women of the Corporation*, New York.
- Kreisky, Eva/Marion Löffler (2010). Demokratieentwicklung im Kontext gesellschaftlicher Paradigmen, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 39(1), 89–104.
- Krook, Mona Lena/Joni Lovenduski/Judith Squires (2009). Gender Quotas and Models of Political Citizenship, in: *British Journal for Political Science*, Vol. 39, 781–803.
- Lang, Sabine (2004). Politik – Öffentlichkeit – Privatheit, in: Sieglinde Rosenberger/Birgit Sauer (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*, Wien, 65–81.
- Lovenduski, Joni (2000). Change in Women's Political Representation, in: Mariagrazia Rossilli (Hg.): *Gender Policies in the European Union*, New York et al., 87–105.
- Lovenduski, Joni (2005). *Feminising Politics*, Cambridge.
- Lovenduski, Joni et al. (2005). Conclusions: state feminism and political representation, in: Joni Lovenduski (Hg.): *State Feminism and Political Representation*, Cambridge, 260–293.
- Manow, Philip (2008). *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, Frankfurt am Main.
- Mansbridge, Jane (1999). Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent 'Yes', in: *The Journal of Politics*, Vol. 61(3), 628–657.
- Mansbridge, Jane (2003). Rethinking Representation, in: *American Political Science Review*, Vol. 97(4), 515–528.
- Mateo Diaz, Mercedes (2005). *Representing Women? Female Legislators in West European Parliaments*, Essex.

- McBride, Dorothy/Amy Mazur* (2010). *The Politics of Statefeminism. Innovation in Comparative Politics*, Philadelphia.
- Mouffe, Chantal* (2008). *Das demokratische Paradox*, Wien.
- Philipps, Anne* (1998). *The Politics of Presence*, Oxford.
- Pitkin, Hannah F.* (1967). *The Concept of Representation*, Berkeley.
- Roth, Roland* (o.J.). *Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie. Expertise für die Bertelsmann-Stiftung*, o.O.: Bertelsmann-Stiftung.
- Sartori, Giovanni* (1992). *Demokratietheorie*, Darmstadt.
- Sauer, Birgit* (2009). Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie?, in: Gundula Ludwig/Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*, Baden-Baden, 105–118.
- Sauer, Birgit* (2001). *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt am Main/New York.
- Sauer, Birgit* (1999). „Politik wird mit dem Kopfe gemacht“. Überlegungen zu einer geschlechtersensiblen Politologie der Gefühle, in: Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg.): *Masse, Macht, Emotionen. Zu einer Politischen Soziologie der Emotionen*, Opladen, 200–218.
- Scott, Joan W.* (1996). *Only paradoxes to offer. French Feminists and the Rights of Man*, Cambridge, Mass.
- Spivak, Gayatri Chakravorty* (2008). *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien.
- Squires, Judith* (2007). *The new politics of Gender Equality*, Houndmills, Basingstoke/New York.
- Steyerl, Hito* (2008). Die Gegenwart der Subalternen, in: Gayatri Chakravorty Spivak (Hg.): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien, 7–16.
- Young, Iris Marion* (1993). Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus, in: Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hg.): *Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik*, Frankfurt am Main, 267–304.
- Young, Iris Marion* (1996). Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy, in: Seyla Benhabib (Hg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, 120–135.
- Young, Iris Marion* (2001). Activist Challenges to Deliberative Democracy, in: *Political Theory*, Vol. 5, 670–690.

AUTORIN

Birgit SAUER, geb. 1957, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Forschungsinteressen: Politik und Geschlecht, Critical state and governance studies, Staats- und Demokratietheorie.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Universitätsstraße 7, 1010 Wien
E-Mail: birgit.sauer@univie.ac.at